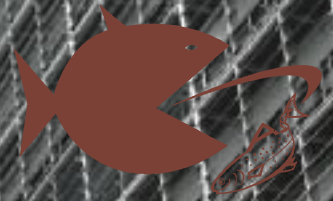


Gagenkaiser in der EU



Die EU fördert den Sozialabbau. Genau jene Leute, die bei uns Lohnkürzungen und die Anhebung des Pensionsalters durchsetzen wollen, kassieren aber selbst Länge mal Breite.

Hinter den anonymen Fassaden der EU arbeiten die Mächtigen Europas an einem Superstaat, der militärische Macht nach außen und soziale Gleichgültigkeit nach innen zeigt.

Foto flickr gepat

In Brüssel hat man zwei neue Superposten geschaffen, die ins Geld gehen: Der EU-Ratspräsident Van Rompuy kassiert 29.504 Euro monatlich. Kommissionspräsident Barroso erhält ebenfalls 29.504 Euro. Die neue EU-„Außenministerin“ Ashton bekommt ab sofort 26.351 Euro. Und jeder der 27 EU-Kommissare kann 23.503 Euro einstreifen.

Das ist aber noch nicht alles: EU-Funktionäre und -Beamte zahlen fast keine Steuer, dafür gönnen sie sich eine Gehaltserhöhung von 3,7 Prozent (bis zu 700 Euro monatlich) Bald wird es um

7000 EU-Beamte mehr geben. In den nächsten Jahren wird nämlich ein eigener diplomatischer Dienst der EU geschaffen. Diese Leute leben wie die Maden im Speck – und wollen uns einen harten Belastungskurs vorschreiben.

Gehirnwäsche

Kein Wunder, dass da die Darstellung der EU in österreichischen Schulbüchern manchen Schönfärbern nicht einseitig genug ist. So wurde ein Lehrbuch kritisiert, weil dort richtig festgestellt wird, dass Kompetenzen von nationalen Regierungen an die EU

übergehen, was die nationale Souveränität einschränkt.

Dabei versuchen EU und Regierung ganz gezielt, bei den Schülerinnen und Schülern ein positives Bild der EU zu zeichnen, das nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt.

Die Förderung von Atomkraftwerken durch die EU und die Aufrüstungsverpflichtung kommen nicht vor, es geht in Richtung „heile EU-Welt“.

Jetzt soll die Gehirnwäsche anscheinend verstärkt werden. Bei anderen Gesellschaftssystemen hat auch jahrelange Jubelberichterstattung den Untergang nicht verhindert.

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Transferkonto für alle?

Verlost werden T-Shirts und kleine Buch- und Sachpreise.

Was halten Sie von der Einführung eines „Transferkontos“ zur Offenlegung staatlicher Leistungen.

NEIN – Die Behörden müssen selber einen Überblick haben, was den Menschen zusteht.

JA – Wenn schon, dann müssen alle Transferleistungen – auch an Wirtschaft und Parteien – offengelegt werden.

Eigene Gedanken und Anregungen:

Ich möchte regelmäßige Informationen über die Arbeit der KPÖ erhalten

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL)



An die

**Steirische
Volksstimme**

co KPÖ - Ernest Kaltenegger
Landhaus, Herrngasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

Steirische Volksstimme

Leser / innen-Frage

Die ÖVP fordert die Einführung eines Transferkontos für BezieherInnen von Familienbeihilfe und anderer Sozialleistungen (etwa Schülerfreifahrt oder Schulbücher). Riesige Fördermittel für Banken und Konzerne oder gar die Gelder, die an Parteien und Politiker fließen, sollen aber nicht offengelegt werden. Ist das der richtige Weg?

Für die Armutsbekämpfung werden lediglich 0,9 Prozent des Sozial- und Gesundheitsbudgets aufgewendet, während die Bankenrettung samt Haftungen bereits mehr als 19 Milliarden Euro verschlungen hat.